

Die Koordinatoren

Ingrid Vogl und Beppo Mauhart sind ein eingespieltes Team. Sie sind die „Masterminds“ hinter dem Bildungsvolksbegehren.



So läuft das Bild

IN DER ZENTRALE. Wie hinter den Kulissen das Androsch-Projekt realisiert wird. Wer organisiert, wer hilft, wer zahlt.



Hannes Androsch: Der Initiator

Exvizekanzler, Industrieller, Familienvater: Der 72-Jährige initiierte ein Volksbegehren, das Druck für Reformen im Bildungsbereich machen soll. „Wir sind nicht gegen etwas oder jemanden oder eine Institution, sondern für etwas“, sagte Androsch bei der Auftaktveranstaltung Anfang Jänner. Wofür genau, das steht seit dieser Woche fest.

Ein 350-Quadratmeter-Büro am Wiener Schottenring: Noch sind die Wände kahl, nur einige Zettel mit dem Logo des Volksbegehrens und ein paar Karikaturen schmücken die Mauern. Eine zeigt Hannes Androsch als strengen Lehrer, der grollend auf die unbelehrbaren Klassenlummel Werner Faymann und Josef Pröll blickt. Willkommen in der Kommandozentrale des Bildungsvolksbegehrens.

Hier befindet sich auch der Arbeitsplatz der Projektkoordinatorinnen Ingrid Vogl und Beppo Mauhart. Der legendäre Ex-ÖFB-Präsident ist ein langjähriger Vertrauter von Androsch, PR-Profi Vogl war einst Mauharts Pressesprecherin, als dieser noch Chef der Austria Tabak war. Heute sind sie wieder ein Team und teilen sogar ein Büro: die Einrichtung zweckmäßig, die Möbel gebraucht, die Wände nicht ausgemalt. Zur Verfügung gestellt werden die Räumlichkeiten von der Wiener Städtischen Versicherung, die auf diesem Weg das Volksbegehren unterstützen will.

Gegenüber sitzen in einem kleinen Raum Studenten, die am Antragstext feilen. Es gibt ein PR-Büro, einen Sitzungsraum und ein Zimmer, in dem sich Mitarbeiter um Social Media, also um Aktivitäten auf Facebook oder Twitter kümmern. Sogar ein Callcenter gibt es, das Platz für bis zu zehn Mitarbeiter hat, die organisatorische und inhaltliche Fragen zum Volksbegehren be-

antworten sollen – österreichweit zum Ortstarif. Beim NEWS-Lokalausgang sind noch nicht alle Arbeitsplätze voll besetzt, auf den Gängen ist es noch still: die Ruhe vor dem Sturm. Erst wenn mit dem Sammeln von Unterstützungserklärungen der offizielle Startschuss fällt, wird hier der Trubel losbrechen.

Forderungen fertig. Die erste große Hürde auf dem Weg dorthin ist bereits genommen: Seit dieser Woche steht der Text des Volksbegehrens, also jene Forderungen, die wahlberechtigte Bürger dann mit ihrer Unterschrift unterstützen können. Dass dabei Wert auf „breiten Konsens“ gelegt wurde, machte die Formulierung schwierig. Besonders bei Gesamtschule und Hochschulzugang gab es zum Teil heftige Kontroversen. Bis zuletzt wurde um einerseits möglichst konkrete Formulierungen gerungen, die gleichzeitig potenzielle Unterstützer nicht vergraulen sollten (siehe *Kasten Seite 26*). „Es geht um das Gemeinsame, nicht um das Trennende“, beschreibt Vogl diesen Kompromiss.

Diesem Motto dürfte es zu verdanken sein, dass angesichts der vielen Beteiligten überhaupt ein Text zustande gekommen ist. Anfang Jänner fand das erste „Vernetzungstreffen“ statt, bei dem rund 150 Personen aus dem Bildungs- bzw. bildungsnahen Bereich in Kleingruppen ihre Positionen diskutierten. „Ich hatte schon Bauchweh, ▶

ungs-Begehren

ALLE INFOS. Wie das Volksbegehren zustande kommt. Wo man unterschreiben kann. Wann es stattfinden wird.

Volksbegehren: ‚Kein Kind darf übrig bleiben‘

DIE FORDERUNGEN. Für gemeinsame Schule und Ganztagschule, gegen Studiengebühren.

WIE KONKRET sollen die Anliegen des Volksbegehrens formuliert sein? Diese Frage beschäftigte bis zuletzt das Redaktionsteam und mögliche Unterstützer. Ist es besser, die Forderungen eher allgemein zu halten, damit alle mitkönnen? Oder soll es ganz konkrete Forderungen geben, weil sonst erst recht wieder nichts weitergeht in der Bildungspolitik?

Die Endfassung des Textes stand zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Denn der Vorschlag des Redaktionskomitees wurde erst Mittwochabend den Teilnehmern des zweiten Vernetzungstreffens zur Diskussion und Absegnung vorgelegt. Aus Verhandlerkreisen hieß es, im Redaktionsteam habe es am Dienstag heftige Diskussionen über die Deutlichkeit der Forderungen gegeben. Schließlich habe man sich darauf geeinigt, dass das Papier möglichst konkret und verbindlich in seinen Ansprüchen wird. Befürchtungen, wonach die Formulierungen zu schwammig und überdies nicht genügend demokratisch zustande gekommen seien, seien unbegründet. Inhaltlich wolle man dem Vernetzungstreffen nicht vorgreifen. Der übergeordnete Leitsatz lasse sich aber so definieren: „Kein Kind darf übrig bleiben.“

Ein Grundkonsens besteht laut NEWS-Recherchen jedenfalls in folgenden Punkten:

KLEINKINDPÄDAGOGIK. Das Ansehen von KindergärtnerInnen soll aufgewertet werden. Sie sollen eine höhere Ausbildung bekommen. Die Förderung von Kindern im Kindergartenalter soll verbessert werden, die Förderung von Begabungen

soll schon im Mittelpunkt der Frühförderung stehen. Das gilt auch für die Volksschule.

GEMEINSAME LEHRERAUSBILDUNG. Die von der Regierung ohnehin geplante gemeinsame Ausbildung von AHS- und Hauptschullehrern wird im Volksbegehren unterstützt.

GANZTAGSSCHULE. Das Volksbegehren streicht die Bedeutung der Ganztagschule heraus und unterstützt den geplanten Ausbau ganztägiger Schulformen.

GESAMTSCHULE. Dieses Reizwort kommt nicht im Antragstext vor. Inhaltlich findet sich aber eine Forderung, die darauf hinausläuft: nämlich dass die Entscheidung über den Bildungsweg nicht schon bei Zehnjährigen getroffen wird.

Eintragungsliste

Die nachstehend unterfertigten Stimmberechtigten begehren auf Grund des Art. 41 Abs. 2 B-VG die Regelung der den Gegenstand des oben angeführten Volksbegehrens bildenden Angelegenheit durch Bundesgesetz.

Nr.	Vorschlag	Stimmrecht	Stimmzahl	Stimmwert	Stimmanteil

KÖNNEN SIE DAS UNTERSCHREIBEN? Diese Forderungen werden bald zur Unterschrift vorgelegt.

FREIER HOCHSCHULZUGANG. Das Wort „Studiengebühren“ kommt nicht vor, ebenso wenig generelle Zugangsbeschränkungen. Es wird jedoch anerkannt, dass es in bestimmten Fällen – etwa bei überfüllten Studienrichtungen – vorübergehende Lösungen braucht. Das Hauptziel ist jedoch eine ausreichende Finanzierung und ein Ausbau der Universitäten und ihrer Kapazitäten.

NUR EIN KOM-PROMISS?

Der Text steht: Tausende Vorschläge mussten unter einen Hut gebracht werden.

► wie man eine so große, unterschiedliche Menge so organisiert, dass etwas dabei herauskommt. Ich bin ganz stolz, dass es funktioniert hat“, klopft Mauhart auch ein bisschen sich selbst auf die Schulter. Zusätzlich trudelten mehr als 2.000 E-Mails mit Vorschlägen und Positionspapier im Umfang von rund 370 Seiten ein. Auf Basis der Protokolle des Vernetzungstreffens und unter Einbeziehung der Vorschläge begann dann die Arbeit am Antragstext. Vogl versichert: „Von den Proponenten gab es keine inhaltlichen Vorgaben.“

Zuständig für das Ausarbeiten des Antragstextes: das „Redaktionsteam“ unter der Leitung von Bildungsexperte Bernd Schilcher, dem etwa auch Autor und Lehrer Niki Glattauer, Vizerektor Rudolf Mosler, Bundesschulsprecher Philipp Pinter, Elternvertreter Theodor Saverschel, Vize-ÖH-Chef Thomas Wallerberger oder die Vorsitzende des Vereins „Bildung Grenzenlos“ Heidi Schrodt angehörten.

Reformdruck. Entstanden ist die Idee zum Bildungs-Volksbegehren im Oktober 2010, konkret wurde sie bei der Präsentation des von Hannes Androsch herausgegebenen Buches „Österreich – Geschichte, Gegenwart, Zukunft“. Der Exfinanzminister echauffierte sich über die kurzfristige Bildungspolitik in Österreich und konsta-



tierte „enormen Aufholbedarf“ – der Gedanke, mit einem Volksbegehren Druck auf die Regierung zu machen, war geboren. Für den dreifachen Vater und vierfachen Großvater auch ein persönliches Anliegen (siehe auch Interview und Story ab Seite 30): „Ich mache das Volksbegehren, weil ich es für wichtig und notwendig halte.“

Beppo Mauharts Grund, sich als 77-Jähriger für Androschs Projekt ins Zeug zu legen: ein Déjà-vu. „Zu Beginn der Ära Kreisky gab es eine ähnliche Situation: Reformrückstau, Studenten auf der Straße. Dann kam der Wechsel, aber selbst damals ist der Reformdurchbruch nicht gelungen, weil es im Schulbereich eine Zweidrittelmehrheit brauchte.“ Jetzt sieht Mauhart einen günstigen Zeitpunkt für Reformen gekommen: „Es gibt ja schon erste Erfolge: Die Regierung hat das Jahr der Bildung ausgerufen, die ÖVP ihr Bildungskonzept präsentiert. Das Ganze bekommt eine Dynamik.“ Optimistisch auch die Motive von Ingrid Vogl: „Was kann es Schöneres geben, als an einem Paradigmenwechsel mitzuarbeiten?“

FOTOS: APACHEL/MIT FÖHRINGER, ROMAN JZICH-MESSING(2), BIG SHOT/CHRISTIAN JUNGWIRTH, MARTIN VUKOVITS, ÖGL/APA



DAS REDAKTIONSTEAM. Unter der Leitung von Bernd Schilcher (l.) wurde der Antragstext formuliert.

PR-Maschine läuft an. Doch zunächst müssen die Menschen erst einmal dazu gebracht werden, die Forderungen des Bildungsvolksbegehrens nicht nur abzunicken, sondern auch zu unterschreiben – die größte Sorge der Organisatoren. Jetzt wird es noch etwa ein bis zwei Wochen dauern, bis die Gemeindeämter mit Unterstützungsformularen versorgt sind. In der Zwischenzeit wird am Schottenring die PR-Maschine angeworfen. Die Mitarbeiter von Vogl und Mauhart sind größtenteils Studenten, die hier ein wenig Erfahrung sammeln wollen und stundenweise

bezahlt werden. Hilfe bekommen die Koordinatoren auch von Profis: Die Agentur Crosscom ist für Aktivitäten in den Neuen Medien zuständig, die Homepage wird von der Agentur Almitra betreut. Für die Werbekampagne wird die bekannte Werbeagentur Demner, Merlicek & Bergmann verantwortlich sein, die bereits das Logo und den Slogan entworfen hat: „Österreich darf nicht sitzen bleiben“.

„Die besondere Herausforderung bei einem Volksbegehren im Vergleich zu einem Produkt ist es, komplexe Zusammenhänge verständlich zu ma-

chen“, erklärt Werber Mariusz Jan Demner im Gespräch mit NEWS. Seine Agentur habe versucht, eine Parole zu finden, die im wahrsten Sinne des Wortes alle unterschreiben können: „Daher dieser Slogan.“ Für Vogl hat er eine doppelte Bedeutung: „Sitzen bleiben ist ein Begriff aus dem Schulbereich und stellt daher die Verbindung zum Thema Bildung her. Gleichzeitig ist es ein Appell an die Menschen:



„Wir wollten einen gemeinsamen Nenner, zu dem alle ja sagen können.“

M. J. Demner über den Slogan

Bitte bleibt nicht daheim sitzen, sondern gehts aufs Amt und unterschreibts.“

Beppo Mauhart weiß, dass es womöglich nicht leicht wird, die Menschen zu mobilisieren: „Wir haben keinerlei Parteiorganisation hinter uns,

wir wollen auch keine politische Punzierung. Das Volksbegehren wird sich keine Partei als Erfolg auf die Fahnen heften können. Das heißt aber auch, dass wir keinen Apparat haben, der für uns zu laufen beginnt.“ Mauhart hofft, dass jene Organisationen, die das Volksbegehren letztlich unterstützen, ihre Leute losschicken, um Stimmung zu machen. Zudem hätten sich viele Personen auch aus den Bundesländern gemeldet, die ehrenamtlich mitarbeiten wollen.

Wer bezahlt? Trotzdem bleibt die Frage: Woher kommt das Geld für die Mitarbeiter und die Kampagne?

„Das finanziert sich in Wahrheit durch Schnorrerei“, gibt Mauhart unverblümt zu. Hannes Androsch bittet bei Unternehmen, den Sozialpartnern und anderen Organisationen um finanzielle Unterstützung. „Wir sind guten Mutes, dass wir eine Kampagne finanzieren können, die man auch bemerkt.“ Der Finanzierungsbedarf dafür liege bei etwa zwei Millionen Euro.

Wie viel Androsch tatsächlich aufreiben kann, ist letztlich ausschlaggebend für den Umfang der Werbekampagne. Für Demners Agentur ist das ein „Risiko“, wie der Werbechef einräumt. Bei normalen Kampagnen habe er ein fixes Budget, die Vorbereitungszeit dauere mindestens ein drei- ▶

STIMMEN. Was Betroffene und Experten vom Volksbegehren erwarten.

Markus Beyrer

Industriellenvereinigung, bald ÖIAG



WECKRUF.

Österreich steckt sehr viel Geld in die Schulpolitik, der Output ist aber bescheiden. PISA war ein unüberhörbarer Weckruf an die Politik. Es ist keine Zeit zu verlieren, sonst ist der Innovationsstandort Österreich gefährdet.

Josef Broukal

Bildungsexperte



IGNORANZ.

Angeht der Ignoranz der Regierungsparteien gegenüber Nöten der Unis und Schulen ist das Volksbegehren ein Akt der Verneinung. Die Menschen werden da merken, wie fahrlässig die Regierung bei der Bildung handelt.

Jürgen Michelmayr

ÖGB-Jugend



LEHRLINGE.

Wir sehen das Volksbegehren positiv und hoffen auf Akzente im Lehrlingsbereich: U. a. fordern wir Berufsorientierung verpflichtend ab der 6. Schulstufe und die Vereinbarkeit von Beruf und Studium für JungfacharbeiterInnen.

Andreas Salcher

Bildungsexperte



WÜRGEGRIF.

Gut, dass Androsch das macht. Ich bin aber skeptisch, weil Volksbegehren wenig bewegen. Ich bin für eine Volksabstimmung mit verbindlichem Ergebnis. Und dafür, die Schule dem parteipolitischen Würgegriff zu entziehen.

Werner Amon

ÖVP-Bildungssprecher



EIN GAG.

Für mich ist das ein überdimensionaler PR-Gag. Ich finde es eigenartig, dass sich kluge Leute hinreißen lassen, das zu unterstützen, bevor sie die Inhalte kennen. Wenn die Inhalte für mich passen? Würde ich es unterstützen.

CALLCENTER. Bis zu zehn Telefonisten haben Platz.



PR-MASCHINE. Kampagne um zwei Millionen Euro: So sollen die Menschen mobilisiert werden.

► viertel Jahr. Bei der Kampagne für das Volksbegehren mache er dagegen „einen Schritt nach dem anderen“.

Und so werden Logo und Slogan zunächst kostengünstig im Internet und auf Ansteckbuttons verbreitet. Wenn das Sammeln von Unterstützungserklärungen beginnt, wird es auch Einschaltungen in Zeitungen geben. Drei Wochen vor der Eintragungswoche soll eine Intensivkampagne mit Plakaten und – eben abhängig von den finanziellen Mitteln – auch mit Fernseh- und Radiospots starten.

Ablauf streng geregelt. Wann diese Eintragungswoche sein wird, ist noch nicht fix. Zunächst müssen mindestens 8.032 Unterstützungserklärungen gesammelt werden. Die Unterschrift muss persönlich am Magistrat oder Gemeindeamt des Hauptwohnsitzes geleistet werden, ansonsten ist eine gerichtliche oder notarielle Beglaubigung nötig. Wer jetzt schon unterzeichnet, muss das in der Eintragungswoche nicht noch einmal tun. Mauhart: „Lieber wäre es mir, wenn die Leute gleich unterschreiben gehen.“ Denn: Die Organisato-

Der Zeitplan

- **BIS MITTE FEBRUAR:** Die Formulare für die Unterstützungserklärungen werden gedruckt und bei den Gemeindeämtern aufgelegt.
- **BIS MITTE MÄRZ:** Mindestens 8.032 Unterstützungserklärungen werden gesammelt und an das Innenministerium (BMI) übergeben.
- **BIS ANFANG APRIL:** Das BMI prüft den Antrag und legt eine Eintragungswoche fest.
- **ENDE MAI / ANFANG JUNI:** Frühester Eintragungstermin.
- **ENDE OKTOBER:** Letztmöglicher Eintragungstermin.

ren wollen nicht nur an der Hürde kratzen, sondern sie deutlich überspringen.

Die Unterstützungserklärungen werden dann beim Innenministerium abgegeben, das drei Wochen Zeit hat, die Einhaltung formaler Kriterien zu prüfen. Dann muss die Innenministerin eine Eintragungswoche festlegen, die frühestens acht Wochen später und spätestens sechs Monate später stattfinden darf. Ingrid Vogl ist zuversichtlich, dass es der frühestmögliche Termin Ende Mai / Anfang Juni wird. „Theoretisch besteht natür-

lich die Möglichkeit, dass der Termin in die Sommerferien fällt“ – ein Horrorszenario für die Verantwortlichen.

Eine Woche lang besteht dann die Möglichkeit, das Volksbegehren im Eintragungslokal oder – bei Abwesenheit – mittels zuvor beantragter Stimmkarte zu unterschreiben. Tun das mehr als 100.000 Menschen, muss der Nationalrat das Anliegen behandeln. Rechtlich bindend sind die Forderungen allerdings nicht.

Auf ein Wunschergebnis wollte sich Androsch bisher nicht festlegen. Selbst wenn er das bisher erfolgreichste Volksbegehren überholen sollte, ist das kein Garant für Erfolg: 1982 unterschrieben 1.361.562 Menschen gegen den Bau des Wiener Konferenzentrums. Es wurde trotzdem gebaut. Dass die Möglichkeiten letztlich begrenzt sind, weiß auch Beppo Mauhart: „Mit einem Volksbegehren kann man nicht einen Lichtschalter umlegen, und dann ist Österreich erhellt. Wir können nur einen Anstoß geben.“

HANNA SIMONS, RENATE KROMP



NACHGEFRAGT: Was denken die Österreicher? Die Straßenumfrage zum Thema Bildung.

REAKTIONEN. Was Eltern, Schüler, Lehrer und Studenten denken.

Eckehard Quin

AHS-Lehrergewerkschaft



FÜR DISKUSSION. Grundsätzlich begrüße ich jede ernst gemeinte Diskussion über die Verbesserung von Bildung. Unvorstellbar ist es aber, ein Volksbegehren zu unterstützen, wenn es ein Abgehen vom differenzierten Schulsystem fordert.

Walter Riegler

Pflichtschullehrer-Gewerkschaft



BEFRAGUNG. Ein Volksbegehren bringt nichts, außer nette Aufrufe, etwas Vernünftiges in der Bildungspolitik zu tun. Dazu sind wir als Gewerkschaft bereit. Ich bin für eine Volksbefragung über Themen wie Gesamtschule oder Ganztagschule.

Theodor Saverschel

Vors. Bundeselternverband



LEIDENSDRUCK. Ich sehe das Volksbegehren als Initialzündung, dass in der Bildungspolitik endlich etwas passiert. Das Wichtigste ist, dass die Regierung zumindest versucht, sich zu bewegen. Der Leidensdruck ist schon enorm.

Sigrid Maurer

ÖH-Vorsitzende



GESAMTSCHULE. Für uns ist die gemeinsame Schule ein zentraler Punkt. Wir wollen, dass uns das Volksbegehren beim Kampf für den freien Uni-Zugang und die Erhöhung des Uni-Budgets auf zwei Prozent des BIP unterstützt.

Philipp Pinter

Bundesschulsprecher



DRUCK MACHEN. Wir sehen das Begehren als Anstoß, dass in der Bildungspolitik endlich einmal etwas weitergeht und sich die Politik mit den Betroffenen an einen Tisch setzt. Es wird sicher viel Druck auf die Regierung ausüben.